Große Fortschritte bei der Erholung der Ostsee-Fischbestände

Große Fortschritte bei der Erholung der Ostsee-Fischbestände
Europäische Fischereiminister verständigen sich auf die Fangquoten für 2014.

Die Fischbestände in der Ostsee erholen sich schneller als erwartet. Bis zum Jahr 2015 könnten die strengen Fischerei-Beschränkungen der vergangenen Jahre zu einer stabilen, nachhaltigen Bestandserholung führen. Damit wäre die Ostsee das erste europäische Meeresgebiet, das vollständig nach dem Prinzip des so genannten maximalen Dauerertrages bewirtschaftet wird. Dabei darf nach einer genauen Berechnung nur so viel Fisch entnommen werden, wie wieder nachwächst, um den langfristigen Erhalt der Bestände nicht zu beeinträchtigen. Bei der Tagung der Europäischen Agrar- und Fischereiminister am Donnerstag in Luxemburg sagte der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Robert Kloos: "Die strengen Auflagen und Kontrollen haben sich gelohnt. Wir sind unserem Ziel einer flächendeckenden, nachhaltigen Fischerei in Europa mittlerweile ein ganzes Stück näher gekommen. Das gilt besonders für die Ostsee. Hier erreichen wir dieses Ziel voraussichtlich bereits 2015. Damit sichern wir dauerhaft die Existenzgrundlage unserer Fischereiwirtschaft. Jetzt gilt es, möglichst rasch den Bewirtschaftungsplan für Dorsch zu aktualisieren und ihn in einen Mehrartenplan, der auch Hering und Sprotte einbezieht, zu integrieren. Hierzu sollte die Kommission umgehend ihren bereits seit längerem angekündigten Vorschlag vorlegen."
Bei dem Treffen in Luxemburg soll auf der Basis eines Kommissionsvorschlags über die Gesamtfangmengen und Quoten für Hering, Dorsch, Scholle, Lachs und Sprotte in der Ostsee für das Jahr 2014 entschieden werden. Bei den für Deutschland relevanten Beständen sieht der Vorschlag der Kommission vor, die Fangmengen beim westlichen Hering um 23 Prozent zu senken. Die Fangmengen für Dorsch sollen in der westlichen Ostsee um 15 Prozent gekürzt werden, in der östlichen Ostsee gilt dagegen eine Erhöhung um 7 Prozent. Um 11 Prozent verringert sich die Fangmenge bei Sprotte. Bei Scholle ist eine Absenkung der Gesamtfangmenge um 12 Prozent vorgesehen. Darüber hinaus sollen die Seetage in der westlichen Ostsee von 163 auf 147 und in der östlichen Ostsee von 160 auf 146 reduziert werden. Bei dem Treffen der Fischereiminister sollen noch kleinere Anpassungen diskutiert werden. "Wichtig ist, dass die Erholung der Bestände weiter vorangebracht wird. Das ist unser zentrales Ziel. Die Vorschläge der EU-Kommission und der Ratspräsidentschaft können wir in diesem Sinn voll unterstützen", sagte Kloos.
Mit Blick auf die Rückwurfverbote, die im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) in Zukunft eingeführt werden sollen, betonte der Staatssekretär: "Wir halten in diesem Zusammenhang eine Absenkung der Mindestanlandegröße bei Dorsch für dringend geboten. Die Kommission sollte auch hier rasch einen entsprechenden Vorschlag vorlegen."
Über die Gesamtfangmengen und Quoten entscheidet nach dem Lissabon-Vertrag allein der Rat. Eine Befassung des Europäischen Parlaments ist nicht vorgesehen. Grundlage der Vorschläge für die Fangmöglichkeiten im kommenden Jahr (2014) sind die wissenschaftlichen Empfehlungen des Internationalen Rates für Meeresforschung.

Kontakt:
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 0 30 / 1 85 29 - 31 74 / - 32 08
Telefax: 0 30 / 1 85 29 - 31 79
Mail: pressestelle@bmelv.bund.de
URL: http://www.bml.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=547787" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
pressestelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
pressestelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen.Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert.Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann.Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.